

Europäische Steuer auf Digital-Riesen: ein neuer Aufschwung für die EU

Der Countdown hat begonnen. Der Europäischen Union bleiben nur noch wenige Wochen um zu beweisen dass sie in der Lage ist, auf eines der größten Anliegen der europäischen Bürger einzugehen: das Ende der Steuerungerechtigkeiten.

Wir können nicht mehr einfach darüber nachdenken, unser Steuerrecht an eine globalisierte und digitalisierte Wirtschaft anzupassen, die diese Ungerechtigkeiten verstärkt. Europäische Bürger wollen konkrete Maßnahmen. Sie erwarten, dass ihre Führungskräfte in dieser Angelegenheit Entscheidungen treffen.

Die Europäische Union ist ein außergewöhnlicher Spielplatz für große außereuropäische Unternehmen. Nicht nur wegen ihrer Wirtschaftskraft und ihres Marktes von 500 Millionen Verbrauchern, sondern vor allem wegen der fehlenden Steuerharmonisierung zwischen den Mitgliedstaaten, die es [großen außereuropäischen Unternehmen] ermöglicht Steuern zu vermeiden.

Das Ergebnis ist ein Einkommensverlust für die Europäer und das Gefühl, dass die Europäische Union sie nicht schützt, sondern schwächt. Infolgedessen wächst das Misstrauen gegenüber dem europäischen Projekt.

Dennoch kann die EU diesem legitimen Wunsch nach Gerechtigkeit und Schutz nachkommen. Das kann sie, indem sie ein allgemeines europäisches Interesse hervorbringt, das die nationalen Interessen ergänzt. Dies kann sie tun, indem sie die Umsetzung der digitalen Steuer auf digitale Dienstleistungen bis Ende des Jahres endgültig festlegt.

inen Monat vor Ablauf der Frist für einer Einigung und auf Betreiben des französischen Wirtschafts- und Finanzministers, befürwortet die überwiegende Mehrheit der Mitgliedstaaten die Veraschiebung der Steuer. Lasst uns jetzt entscheiden! In Zeiten wo der Wunsch der Europäer nach mehr Schutz und Gerechtigkeit noch nie so dringlich war, wäre es ein großer politischer Fehler, alles auf morgen zu verschieben, auf die Arbeit der OECD zu verweisen oder neue Verhandlungspunkte vorzuschlagen.

Diese ehrgeizige Lösung, die im März 2018 von der Europäischen Kommission vorgeschlagen und in die Meseberger Erklärung von Emmanuel Macron und Angela Merkel vom 19. Juni 2018 aufgenommen wurde, darf nicht aufgegeben werden. Die Ablehnung der Steuer auf Digital-Riesen wäre viel mehr als ein Misserfolg für Europa. Eine solche Ablehnung würde symbolisieren, dass die Europäische Union nicht in der Lage ist, auf die Anliegen der Europäer einzugehen. Wir sind bereit, wenn diese Initiative nicht erfolgreich ist, dass Frankreich seine Verantwortung übernimmt.

Als französische Abgeordnete fordern wir die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, diese historische Gelegenheit zu nutzen. Wir fordern sie auf, dieses gemeinsame Steuerprojekt

umzusetzen, das unsere europäische Souveränität stärken wird und der einzige Weg ist um die Souveränität jedes Mitgliedstaates in der zukünftigen Welt sicherzustellen.

Die europäischen Bürger werden der Union nur zustimmen, wenn sie ihre Souveränität unter Beweis gestellt haben. Die Zeit ist gekommen. Lassen Sie uns über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Besteuerung digitaler Dienstleistungen abstimmen. Geben wir der Europäischen Union einen neuen Aufschwung.